

Stand: 30.04.2026 01:04:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10793

"Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen - keine verzögerte
Auszahlung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10793 vom 11.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen - keine verzögerte Auszahlung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Februar 2026 erzielte Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unverzüglich und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Freistaates zu übertragen. Eine zeitliche Verzögerung der Tarifübertragung, insbesondere eine Verschiebung um sechs Monate oder mehr, wird abgelehnt.

Begründung:

Im Rahmen der jüngsten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder wurde ein Tarifabschluss erzielt. Die Staatsregierung plant jedoch, die daraus resultierenden Einkommensverbesserungen erst mit erheblicher Verzögerung von sechs Monaten auf die Beamtinnen und Beamten im Freistaates zu übertragen.

Diese Vorgehensweise ist nicht akzeptabel. Die öffentliche Verwaltung und der öffentliche Dienst sind das Rückgrat unserer Demokratie und der Garant für einen funktionierenden Staat. Die Menschen, die in Schulen, Behörden, bei der Polizei und in zahlreichen weiteren staatlichen Einrichtungen täglich ihren Dienst leisten, verdienen eine faire, zeitnahe und verlässliche Anerkennung ihrer Arbeit.

Eine verzögerte Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte stellt eine faktische Einkommenskürzung dar und ist ein falsches Signal an alle, die sich für den öffentlichen Dienst in Bayern entschieden haben oder dies noch erwägen. In Zeiten des Fachkräftemangels und eines zunehmenden Wettbewerbs mit der Privatwirtschaft um qualifizierte Fachkräfte kann sich Bayern eine solche Benachteiligung seiner Beamtinnen und Beamten nicht leisten.

Aus diesen Gründen wird die Staatsregierung aufgefordert, die beschlossenen Tarifanpassungen ohne Verzögerung und zeitgleich mit den Tarifbeschäftigten auch auf die Beamtinnen und Beamten des Freistaates zu übertragen.